

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Schmidt (Fürth), Ulrich Adam,  
Ernst-Reinhardt Beck (Reutlingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
der CDU/CSU  
– Drucksache 15/2824 –**

### **Für den Erhalt sicherheitsrelevanter Strukturen in der Bundeswehr**

#### **A. Problem**

Mit den Anschlägen von Madrid hat der Terror Europa erreicht. In Deutschland müssen die Bevölkerung und die zuständigen Sicherheitsbehörden darauf vorbereitet sein, dass das Land jederzeit Ziel von vergleichbaren terroristischen Anschlägen werden kann. Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik muss zum Ziel haben, die Menschen auch in Deutschland umfassend vor den neuen Risiken und Gefahren zu schützen. Hierfür müssen effiziente Sicherheitsstrukturen erhalten und – wenn nötig – neu aufgebaut werden.

Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien hat der Bundesminister der Verteidigung bereits weitreichende Entscheidungen getroffen, die strukturelle Maßnahmen nach sich ziehen. Der Aspekt des Heimatschutzes wurde aus Finanznot vernachlässigt und die Bundeswehr darauf ausgerichtet, eine Armee im Auslandseinsatz zu werden. Dies führt zu einer strategischen Sicherheitslücke.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion  
der CDU/CSU**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 15/2824 abzulehnen.

Berlin, den 26. Mai 2004

### **Der Verteidigungsausschuss**

**Reinhold Robbe**  
Vorsitzender

**Rolf Kramer**  
Berichterstatter

**Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Rolf Kramer und Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)

### I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 15/2824 wurde in der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. April 2004 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/2824 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

- unverzüglich ein Gesamtverteidigungskonzept vorzulegen und bis dahin nicht in bestehende Strukturen einzugreifen,
- die Reservelazarettorganisation der Bundeswehr nicht aufzulösen und den Ausverkauf des Materials umgehend zu stoppen,
- eine nachvollziehbare Bedarfs- und Vorsorgeplanung für die Bundeswehrkrankenhäuser vorzulegen,
- auf weitere Auflösungen nicht aktiver Truppenteile und die damit verbundene Ausplanung von Reservisten der Bundeswehr zu verzichten.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 40. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 38. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat die Vorlage in seiner 64. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 50. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Seitens der **Fraktion der SPD** wurde festgestellt, dass der Forderung im vorliegenden Antrag nach effizienten Sicherheitsstrukturen als Grundlage einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik grundsätzlich zugestimmt werden könne. Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesministers der Verteidigung vom 21. Mai 2003 und den Weisungen des Generalinspektors läge das vom Antragsteller geforderte Gesamtverteidigungskonzept vor. Mit dem begonnenen Transformationsprozess der Bundeswehr und der Einteilung der Streitkräfte in Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte werde der veränderten sicherheitspolitischen Lage Rechnung getragen. Da Einsätze der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie die Unterstützung von Bündnispartnern im Vordergrund stünden, würden Fähigkeiten, die ausschließlich der herkömmlichen Landesverteidigung, d. h. dem Heimatschutz, dienten, nicht mehr benötigt. Insoweit sei ein Eingriff in die auf den Heimatschutz ausgerichteten Strukturen notwendig. Bei grundlegender Änderung der sicherheitspolitischen Lage könnten diese Strukturen wieder aufgebaut werden. Bei der Betrachtung veralteter Strukturen müssten auch die Reservelazarettorganisationen als nicht aktive Truppenteile und die Bundeswehrkrankenhäuser mit betrachtet werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass der Antrag im Zusammenhang mit der Debatte über die Zukunft der Bundeswehr und bestimmten Planungen zur Ausformung der Verteidigungspolitischen Richtlinien gestellt worden sei. Man würde es begrüßen, wenn die Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesministers der Verteidigung, die viel Richtiges und Wichtiges enthielten, zu den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung würden. Zu den Planungen im Bundesministerium des Innern bezüglich des Katastrophenschutzes und der Kooperation im Falle einer militärischen Konfrontation sei festzustellen, dass dies nicht ohne Mitwirkung der Bundeswehr geschehen könne. Es könne nicht richtig sein, dass Polizei, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und andere Hilfsorganisationen getrennt von dem, was die Bundeswehr macht, plane. Dies verstehe man unter Gesamtverteidigungskonzept. Man sei der Auffassung, dass die Verteidigungspolitischen Richtlinien im Bereich der Umstrukturierung der Bundeswehr, mit der Neukonzeption der Schwerpunktbildung und der Anpassung an die Realität richtig formuliert seien und in den Strukturen entsprechend ausgeformt würden. Im Bereich des Heimatschutzes gebe es keine Ausformung in den Strukturen. Man halte nichts von den Überlegungen, dies mit Reservisten durchzuführen. Insbesondere sei zu betonen, dass die Heimatschutzbataillone keine teuren Kostenpunkte darstellten. Die Methode „Sichelschnitt“ sei nicht zu empfehlen. Die Strukturen seien anzupassen und zu verändern. Sie seien auch daraufhin zu überprüfen, was nach dem neuen Konzept wünschenswert und machbar sei. Daher empfehle man, bei der Umstrukturierung nicht-aktiver Verbände behutsam vorzugehen, auch um den Faktor Motivation nicht zu verlieren. Wenn man ein größeres Maß an Kooperation von Bundeswehr und den Kräften, die für die innere Sicherheit zuständig seien, brauche, dann benötige man im Bereich der territorialen Struktur Ansprech-

partner. Man brauche eine Ausbildung der Strukturen weiter nach unten, als nur auf der Ebene der Landesregierung. Festzustellen sei, dass dies in der aktuellen Bundeswehrplanung keine große Priorität habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machte deutlich, dass die Schutzpflicht des Staates und die Notwendigkeit, die Strukturen zu erhalten bzw. aufzubauen, unstrittig sei. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien würden empfehlen, auf Fähigkeiten zu verzichten, die ausschließlich der großen Landesverteidigung dienten. Man wolle daran erinnern, dass eine frühere Regierung Maßnahmen im Rahmen des damaligen Begriffes der Gesamtverteidigung, also auch der Zivilverteidigung, gestrichen habe. Die Verpflichtung der Bundeswehr zum Schutz des Landes und seiner Bürger, primär von außen aber mit ergänzenden Fähigkeiten, auch bei der Amtshilfe im Innern, bleibe aber auch zukünftig bestehen. Die Forderung nach einem Gesamtverteidigungskonzept sei grundsätzlich richtig. Dabei dürfe aber nicht ausgeblendet werden, was es bereits an Strukturen für die innere Sicherheit, z. B. den Katastrophenschutz gebe.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, dass die Verteidigungspolitischen Richtlinien für ein Gesamtkonzept noch nicht ausreichten; es fehle noch das Weißbuch. Da mit diesem Antrag wieder der Einsatz der Bundeswehr im Innern gefordert werde, könne man diesen nicht mit tragen. Den von der Fraktion der CDU/CSU weiterhin geforderten Umfang an Reservisten brauche man nicht. Man plädiere aber für gemeinsame Übungen von Feuerwehr, Polizei, Katastrophenschutz und Bundeswehr, um auf Katastrophenfälle vorbereitet zu sein.

Berlin, den 28. Mai 2004

**Rolf Kramer**  
Berichterstatter

**Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)**  
Berichterstatter